

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 10.4.2014. Abgelehnt wurde von CDU und FDP der Antrag von SPD, BÜ 90, freien Wählern, die Beratungsunterlage zum Ballett- und Opernhaus zumindest in Bezug auf die Bereiche, die die Finanzierung betreffen, öffentlich zu behandeln. SPD, BÜ 90, freie Wähler und Linke stimmten gegen die Tagesordnung.

Anfragen

BÜ 90 hatte eine Nachfrage zu einer schriftlich erteilten Antwort auf eine Anfrage in der vergangenen Ratssitzung. Die Verwaltung hat 2012 mit **Muskator** über einen Ankauf der Immobilien im Hafen verhandelt. Die Verwaltung teilte nun mit, dass eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zunächst ein Testat vorgelegt hatte, dass die Zahlungsfähigkeit von Muskator noch ca. 3 Monate dauern würde. Während des Notartermins mit Muskator ist dann jedoch mitgeteilt worden, dass neue Erkenntnisse vorlägen. Sowohl der städtische Rechtsbeistand als auch der Notar empfahlen daraufhin, die insolvenzrechtlichen Auswirkungen zu prüfen. Inzwischen ist Muskator insolvent.

Im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage von CDU/FDP zur **Inklusion** teilte die Verwaltung mit, dass es 48 Kooperationsverbünde zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gibt, die sich regelmäßig treffen. Hierzu gehören auch gemeinsame Fachtage und gegenseitige Hospitationen. Ziel ist die Sicherstellung eines reibungslosen Übergangs zwischen Kita und Grundschule. Demnächst wird das Thema Inklusion verstärkt behandelt. Dazu zählen auch schulorganisatorische Maßnahmen. Der Qualitätszirkel Inklusion unterstützt den Umsetzungsprozess in den Schulen. Während die Kinder für heilpädagogische und integrative Gruppen durch bestehende Förderaktivitäten wie Frühförderung und ambulante Therapien sehr gezielt für diese Gruppenformen angemeldet werden, erfolgt ein Feststellungsverfahren im Rahmen der Einzelintegration überwiegend während des ersten Betreuungsjahres in der Tagesstätte. Die Einzelintegration wurde von 20 Plätzen (2005) auf 105 (2014) ausgebaut. Für Erzieher und Erzieherinnen gibt es Fortbildungsreihen. Förderschulen mit Förderschwerpunkten werden weiterhin benötigt. Derzeit wird schon ein Viertel aller Schüler mit Sonderförderbedarf in Regelschulen unterrichtet.

Eine Anfrage der freien Wähler befasste sich mit **Suiziden in Pflegeeinrichtungen**. Die Verwaltung stellte die Aufgaben der Heimaufsicht dar. Pflegeeinrichtungen sind nicht verpflichtet, Suizide oder versuchte Suizide zu melden. Der Heimaufsicht sind in den letzten drei Jahren keine Suizide angezeigt worden.

Anträge der Fraktionen

Den Antrag von CDU/FDP, dass der Platz zwischen der Tuchtinsel im Süden, dem Baufeld IV im Norden und den Übergängen zur Schadowstraße nach Osten und Westen, den Namen **„Jan-Wellem-Platz“** erhält, lehnten SPD, Linke, BÜ 90 ab (Enthaltung freie Wähler).

Abgelehnt wurde von CDU/FDP der Antrag der Linken, die Standflächen bei der Veranstaltung **„Europatag“** Vereinen und Initiativen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Abgelehnt wurde von CDU/FDP ein Antrag der Linken, durch den die Verwaltung aufgefordert werden sollte, für **Flüchtlingssammelunterkünfte** Mindeststandards aufzustellen in Anlehnung an die Forderungen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen aus dem Jahr 2009 (Enthaltung freie Wähler).

Einstimmig beauftragte der Rat auf Antrag von CDU/FDP die Verwaltung, zu prüfen, welcher Flächenbedarf mit welchen Nutzungsmöglichkeiten im Gebäude des Landesarchives an der Mauerstraße gedeckt werden könnte. Hierbei soll geprüft werden, welche Kulturin-

stitute, Ämter und externen Nutzer ein **Archiv- und Depotzentrum** einrichten könnten. Das jetzt dort untergebrachte Landesarchiv wird Mitte 2014 nach Duisburg verlegt.

Bei Enthaltung der freien Wähler erklärte der Rat auf Antrag von SPD, BÜ 90, Linken: Der Rat unterstützt die Berliner Erklärung „**Gemeinsam gegen Homophobie – Für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz im Sport**“ vom 17.7.2013. Der Rat setzt sich darüber hinaus auf allen Ebenen für ein aktives Vorgehen gegen Homophobie ein und unterstützt Maßnahmen zur Förderung eines vorurteilsfreien Klimas sowie zur Schaffung einer Kultur gelebter Vielfalt auf der Basis gegenseitiger Wertschätzung, Achtung und Akzeptanz. Solche Maßnahmen sollten vor allem auch auf Jugendliche und junge Erwachsene ausgerichtet sein, um entsprechende Haltungen im Zuge ihrer Identitätsentwicklung zu stärken.

Der Antrag von BÜ 90, die **Umwidmung des Kö-Bogen-Pavillons** in ein EUROPE DIRECT Informationszentrum zu prüfen und hierfür einen geeigneten zukünftigen Standort in der Innenstadt vorzuschlagen, wurde von CDU, FDP und Linken abgelehnt, Enthaltung SPD, freie Wähler.

Mit den Stimmen von CDU/FDP beauftragte der Rat die Verwaltung zu prüfen, wie aus Restmitteln der Quadriennale und mit der Unterstützung privater Initiativen die Gestaltung einer **Kunst- und Kulturachse** entlang einer Route verlaufen könnte, die vom Konrad-Adenauer-Platz über die Graf-Adolf-Straße hin zum Graf-Adolf-Platz über die Haroldstraße bis zum Apollo Varieté und zum KIT an den Rhein führt. Geprüft werden soll auch, wie auf den Flächen an der Breite Straße oder Kasernenstraße ein Skulpturenweg mit einer Nord-Süd-Achse vom K 21 zum Ehrenhof installiert werden kann. Ein Änderungsantrag der SPD, ein Konzept zur Gestaltung und Finanzierung einer Kunstachse zwischen Ehrenhof und K21 auszuarbeiten und hierbei den Beirat für Bildende Kunst sowie Künstler und Künstlerinnen und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Museen und der Kunstakademie einzubinden, wurde von CDU, FDP, BÜ 90 abgelehnt (Enthaltung Linke).

Einstimmig bekräftigte der Rat auf Antrag von BÜ 90, SPD, Linken seine Forderung, den Regionalhalt Bilk schnellstmöglich umzusetzen und appellierte an die Deutsche Bahn, ihren Beitrag zur Umsetzung der Ergebnisse des Bahngipfels von 2008 und der Vereinbarung zwischen DB, VRR und Stadt zu leisten. Er forderte die Bundestags- und Landtagsabgeordneten auf, in diesem Sinne tätig zu werden und beauftragte die Verwaltung, die Beteiligten in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss einzuladen, um über den Stand der Umsetzung zu informieren.

Einstimmig wurde der Antrag von BÜ 90, den **Stadtplan „Düsseldorfer Frauen auf den Spuren – Wege durch die Geschichte der Stadt“** zu überarbeiten und in digitaler und gedruckter Form neu aufzulegen, wurde in den Gleichstellungsausschuss überwiesen.

Einstimmig wurde der Antrag von BÜ 90 „Unterstützung bürgerlicher Initiativen zu Gemeinschaftsgärten (**Urban Gardening**)“ in den Ausschuss für öffentliche Einrichtungen verwiesen.

Der Antrag der Linken, alle **Verträge**, über die der Rat und seine Gremien zu entscheiden haben, den Mitgliedern rechtzeitig und vollständig vorzulegen, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Die Linke hatte eine Resolution zur Unterstützung der freiberuflichen Hebammen eingebracht. Einstimmig beschloss der Rat dann einen von CDU/FDP geänderten Text: Der Rat fordert die Bundesregierung auf, die Gespräche mit dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung, dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft sowie den Verbänden der Hebammen nach Vorlage des Abschlussberichtes der interministeriellen Arbeitsgruppe fortzusetzen, um eine **nachhaltige und langfristige Lösung für die be-**

troffenen Hebammen zu erreichen. Ziel muss sein, die flächendeckende Versorgung durch Hebammen in der Geburtshilfe weiterhin sicherzustellen und so die Wahlmöglichkeit zwischen einer Geburtenhilfe im Krankenhaus, in einem Geburtshaus, einer Hebammenpraxis oder einer Entbindung zu Hause zu erhalten.

Gegen SPD und Linke beschloss der Rat auf Antrag von FDP und CDU die Einführung einer **Schuldenbremse**. Grundsätzliche sollen keine Kredite für Investitionen bei Geldinstituten und Banken in den Haushaltsplan aufgenommen werden. Bei extremer Haushaltslage kann davon abgewichen werden. Ergänzungs- und Änderungsanträge von BÜ 90 und freien Wählern fanden keine Mehrheit.

Einstimmig sprach sich der Rat auf Antrag von CDU, SPD, BÜ 90 und FDP gegen Aufsuchen, Erschließung und **Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen (Fracking)** aus, um das Grundwasser nicht zu gefährden. Er appellierte an die Landesregierung, das Moratorium aufrechtzuerhalten, das sich gegen die Genehmigung jeglicher Fracking-Aktivitäten einschl. Kernbohrungen zur Gewinnung von Gesteinsproben ausspricht.

Auf Antrag von BÜ 90 beauftragte der Rat bei Enthaltung der Linken die Verwaltung, die **Wanderausstellung „Minijobs – Minichance?“** nach Düsseldorf zu holen und an geeigneten Orten zu präsentieren.

Einstimmig beschloss der Rat auf Antrag vom CDU/FDP einen Antrag zum Thema **„Mehr Lärmschutz für die Anwohner der Güterzugsrecke Rath-Eller“**. Er unterstützt die Forderung, dass der Ausbau der Güterzugstrecke Rath-Eller als Bestandteil der transeuropäischen Güterzugverbindung Rotterdam-Genua nur mit einem deutlich verbesserten aktiven und passiven Lärmschutz erfolgen darf. Er fordert die DB Netz AG auf, die Lärm- sanierung prioritär zu verfolgen und das Umrüstungsprogramm der Bestandsflotte deutlich zu beschleunigen mit Verbot für alle Wagen mit Grauguss-Bremsen ab 2020. Er fordert eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 60 km/h für Züge, die mit Grauguss-Bremsen ausgestattet sind und beauftragte die Verwaltung mit exemplarischen Lärmmessungen. Ein Änderungsantrag von BÜ 90 fand keine Mehrheit.

Der Antrag der freien Wähler, der Kunstakademie zu empfehlen, von der Eiskellerstr. 1 an den **Hilarius-Gilges-Platz 1** (Platz vor der Kunstakademie) umzuziehen, wurde von SDP, CDU, FDP, BÜ 90 abgelehnt, die Linken nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahnlinie

Die Verwaltung berichtete über den Baufortschritt. Die Gesamtkosten werden mit 822 Mio Euro im Rahmen des Änderungsbeschlusses liegen.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss den durch den Rechnungsprüfungsausschuss **geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2012** und entlastete den Oberbürgermeister (Enthaltung freie Wähler und Linke). Er beschloss, den Fehlbetrag in Höhe von 84,8 Mio Euro der Ausgleichsrücklage zu entnehmen (Enthaltung freie Wähler und Linke).

Der Rat nahm einstimmig zur Kenntnis, dass Ermächtigungen für konsumtive und investive Auszahlungen von 2013 nach 2014 übertragen werden mit der Konsequenz, dass das positive Jahresergebnis in Höhe von 3,1 aufgrund des im Dezember 2013 beschlossenen Haushaltsplanes zu einem negativen Ergebnis in Höhe von 30,6 Mio Euro wird.

Der Rat nahm einstimmig Informationen zum **vorläufigen Jahresabschluss 2013** zur Kenntnis. Es wird mit einem Ergebnis von 36 Mio Euro gerechnet, nachdem im Haushaltsansatz noch von einem negativen Ergebnis von 43 Mio ausgegangen war.

Der Rat beschloss bei Enthaltung von BÜ 90 den **Plan zur beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern** bei der Landeshauptstadt Düsseldorf. Ergänzungen von

BÜ 90 lehnten CDU/FDP ab (Enthaltung 1 SPD-Stimme).

Der Rat beschloss einstimmig eine Neufassung der seit 1998 geltenden **Gebührensatzung** für Tätigkeiten nach dem Gesetz über den öffentlichen **Gesundheitsdienst**.

Der Rat beschloss einstimmig vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Städten Kaarst und Düsseldorf zur Übernahme der Telefonate im Rahmen der einheitlichen **Behördennummer 115**.

Der Rat nahm einstimmig die **Schenkung** von Frau Dr. Ute Canaris zugunsten des Theatermuseums an. Der Nachlass umfasst Bestände aus der Tätigkeit von Prof. Dr. Volker Canaris als Theaterkritiker, Theaterfotograf, Lektor und Dramaturg, Autor, Theaterleiter und Lehrer an Theaterausbildungsstätten.

Der Rat nahm einstimmig die **Schenkung** des Fördervereins Kaiserpfalz Kaiserswerth e.V. an und beschloss, die Skulptur „Im Kontext“ von Peter Schwickerath auf der Rasenfläche südlich der Burgruine Kaiserpfalz in Kaiserswerth aufzustellen.

Einstimmig beschloss der Rat, dem Verein „**Frauenkommunikation**“ für die kulturelle Arbeit im Jahr 2014 einen Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Ein Änderungsantrag der Linken, einen Zuschuss in Höhe von 60.000 zur Verfügung zu stellen, fand keine Mehrheit.

Einstimmig bekräftigte der Rat, dass die Aufgabe der **Bewirtschaftung der ÖPNV-Pauschale** auch ab 2014 auf den Zweckverband VRR übertragen bleibt. Er beschloss, 20 % der ÖPNV-Pauschale (bisher 10%) für eigene Zwecke zu beanspruchen und nach den gesetzlichen Vorgaben zu verwenden. Weiterhin beschloss er, dass die verbliebenen Mittel in Höhe von 80% vom VRR für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs an öffentliche und private Verkehrsunternehmen, die den Gemeinschaftstarif anwenden, weiterzuleiten sind und zwar für Zwecke der investiven Fahrzeugförderung.

Der Rat beschloss einstimmig zahlreiche Maßnahmen im Rahmen der **Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung**:

- Paulus-Schule, Katholische Grundschule, Erhöhung von zwei auf drei Züge ab 2014/15
- Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule, ev. Grundschule, Erhöhung von zwei auf drei Züge ab 2014/15
- Gemeinschaftsgrundschule Lörick, Erhöhung von zwei auf vier Züge ab 2014/15
- Gemeinschaftsgrundschule Kaiserswerth, Erhöhung von drei auf vier Züge ab 2014/15
- Verlagerung der Aloys-Odenthal-Schule, Gemeinschaftsgrundschule zum Schulstandort Diepenstraße in den nächsten vier Jahren
- Verlagerung der Gemeinschaftsgrundschule Rather Kreuzweg zum Schulstandort Wrangelstraße in den nächsten vier Jahren

Personalien

Der Rat wählte einstimmig Schiedspersonen: Ellen Hildebrand (Wersten, Himmelgeist, Holthausen, Itter), Ralf Molnar (Rath, Mörsenbroich), Carola Krüger (Reisholz, Benrath, Urdenbach, Hassels), Bartholomä Kohler (Flingern-Süd und Flingern-Nord), Dietmar Schwabe-Werner (Stockum, Lohausen, Kaiserswerth).

Der Rat bestellte einstimmig auf Vorschlag des Jugendrates Lea Sikau als beratendes Mitglied des Kulturausschusses (Dominik Silbach als Stellvertreter).

Der Rat schlug Herrn Dr. Norbert Kamp, Leiter der Stadtbüchereien für den Bibliothekarischen Beirat der ekz.bibliotheksservice GmbH vor.

Der Rat stimmte der Wiederbestellung von Herrn Dipl.-Ing. Wilfried Mann zum Vorsitzenden des Gutachterausschusses für Grundstückswerte durch die Bezirksregierung zu.

Bauen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung für das Projekt

- **Kaiserswerther Straße 390, Verwaltungsgebäude des Garten-, Friedhof- und Forstamtes.** Das 1936 errichtete denkmalgeschützte Gebäude soll in den Bereichen Dach, Terrasse, Keller und Fassade saniert werden. Seit fast drei Jahren ist das Dach abgestützt, die Terrasse gesperrt, der Keller wegen Schimmelbefall nur mit Schutzkleidung betretbar. Im Erdgeschoss soll eine behindertengerechte Toilette eingebaut werden. Es wird überschlägig mit Kosten von 1,8 Mio Euro gerechnet, der Finanzierungsbeschluss soll im 1. Quartal 2015 gefasst werden, Baubeginn ist im 3. Quartal 2015, Fertigstellung im 3. Quartal 2016 geplant (einstimmig);
- **Radweg Karlstraße/Worringer Straße.** Durch eine Optimierung der Spuraufteilung und die Reduzierung der Aufstellbereiche vor den Signalanlagen soll Platz geschaffen werden für die Anlage separater Radverkehrsanlagen. Die Mittelinseln werden verändert, der Seitenraum umgebaut, 10 Längsparkplätze entfallen. 9 Bäume werden gefällt und an anderer Stelle ersetzt. Es sind durchgehend richtliniengerechte, markierte Radfahrstreifen auf der Fahrbahn vorgesehen. Die Radwege schließen am Stresemannplatz und im Kreuzungsbereich Am Wehrhahn/Adlerstraße an vorhandene Radverkehrsanlagen an. Es wird mit vorläufigen Kosten von 1,55 Mio gerechnet und ein Landeszuschuss in Höhe von 1,07 Mio erwartet. Die Umsetzung ist für 2016/17 vorgesehen (einstimmig);
- **Erneuerung der Kälteanlage und Sanierung des Maschinenraumes im Eisstadion Brehmstraße.** Zur Herstellung einer ausreichenden Betriebssicherheit ist eine Erneuerung der kompletten Kälteanlage sowie einer Sanierung des Maschinenhaus notwendig. Es wird mit Kosten von 1,36 Mio Euro gerechnet. Der Finanzierungsbeschluss soll im 1. Quartal 2015 erfolgen. Die Fertigstellung ist bis Ende 2015 geplant (Enthaltung BÜ 90);
- **Ersatzneubau Stadtteiltreff Wersten, Immigrather Str. 45.** Der AWO-Aktiv-Treff ist in einem Ladenlokal an der Immigrather Str. 3 untergebracht. Eine Jugendfarm umfasst Stallungen für Tiere und ein Holzhaus als Fahrrad- und Werkstattlager. Auf diesem Gelände soll ein neuer Stadtteiltreff entstehen. Dahinter werden die Stallungen und das Fahrrad- und Werkstattlager neu errichtet. Die vorläufigen Kosten werden mit 2,7 Mio Euro veranschlagt. Im Rahmen des Stadtförderprogramms „Soziale Stadt“ des Landes wird mit einem Zuschuss in Höhe von 1,6 Mio Euro gerechnet. Der Finanzierungsbeschluss soll im 2. Quartal 2015 gefasst werden. Baubeginn ist im 3. Quartal 2015, Fertigstellung im 4. Quartal 2016 vorgesehen (einstimmig).

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung folgender Projekte:

- **Sicherheits- und Brandschutzkonzept im Rheinalleetunnel.** Der 1969 in Betrieb gegangene 600 m lange Rheinalleetunnel soll erstmalig mit einer Tunnelfunk- Lautsprecher- sowie einer Tunnelsperranlage ausgestattet werden, Gesamtkosten 1,07 Mio Euro. Baubeginn Oktober 2014, Fertigstellung Dezember 2015 (einstimmig);
- **Sportanlage Nagelsweg, Neubau eines Kunstrasenspielfeldes und leichtathletischer Anlagen mit Ausgleichsmaßnahmen auf der Bezirkssportanlage Pariser Straße und dem Sportpark Niederheit.** Es werden ein Kunstrasen-Großspielfeld und leichtathletische Anlagen errichtet (Sprintstrecke, Weitsprunggrube, Ball- und Speerwurf, Hochsprung, Basketball, Kugelstoßanlage, Beachvolleyball und Beachsoccer). Der Spielplatz wird verlegt und erhält neue Spielgeräte. Die beiden Rasenspielfelder im Norden erhalten eine zusätzliche Trainingsbeleuchtungsanlage. Als Zuschauerbereich wird eine Stufenanlage mit 180 Plätzen angeordnet. Als Ausgleichsmaßnahmen durch die zusätzliche Flächenversiegelung wird auf der Bezirkssportanlage Pariser Straße der Tennen-Nebenplatz in einen Rasenplatz umgebaut. Im Sportpark Niederheit werden 4 der 9 vorhandenen aus Sicherheitsgründen gesperrten Tennisplätze in Rasen umgebaut. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1,74 Euro, hiervon werden 565.000 Euro durch den „International School of Düsseldorf Sportverein“ übernom-

men. Die Unterhaltung der Sportanlage erfolgt durch den ISD Sportverein. Die Bauzeit ist von Juli bis Dezember 2014 vorgesehen, die Kompensationsmaßnahmen sind für März bis April 2015, sodass die Rasenflächen ab September 2015 bespielt werden können (Enthaltung Linke und BÜ 90).

Planungsrecht

Der Rat

- nahm die erarbeiteten Entwürfe zum **Kö-Bogen 2. Bauabschnitt** zur Kenntnis und beauftragte gegen BÜ 90/Linke die Verwaltung, die Planung im Bereich der bisherigen Baufelder 1-4 auf der Grundlage des Entwurfes von ingenhoven architects weiter zu konkretisieren und die entsprechenden planungsrechtlichen Schritte einzuleiten. Gegen BÜ 90 und Linke beauftragte der Rat auf Antrag von CDU/FDP die Verwaltung, sicher zu stellen, dass der Entwurf von ingenhoven architects umgesetzt werden kann, der erforderliche Raum für die qualitativ hochwertige Bepflanzung festgeschrieben wird, die Gras-Begrünung des Gebäudes 2 und die öffentliche Zugänglichkeit festgeschrieben wird, die Westseite des Gebäudes 1 für Gastronomie mit Außenbereich genutzt werden kann, das Gebäude 2 für Einzelhandel und Gastronomie mit Außenbereich genutzt werden kann, die Konturen wie im Entwurf bewahrt werden und der Gustaf-Gründgens-Platz eine ansprechende neue Gestaltung erhält. Außerdem wird empfohlen, dass das Gebäude auf den Baufeldern 1-3 auch für Wohnen genutzt wird. Außerdem soll die Verwaltung prüfen, wie eine harmonische Einbindung der Straßenbahntrasse und der Haltestellen erfolgen kann, wobei auch eine Verlegung in Fahrtrichtung Berliner Allee nach Süden geprüft werden soll. Ein Änderungsantrag der Linken fand keine Mehrheit;
- beschloss den vorhaben bezogenen **Bebauungsplan „Nördlich Westfalenstraße (Südteil)“**. Auf dem 2,9 ha großen Gelände, das früher durch die Firmen Sack & Kieselbach sowie Paguag genutzt wurde, soll ein Wohnquartier mit einem multifunktionalen öffentlichem Quartiersplatz mit verschiedenen Spielmöglichkeiten entstehen. Max. 5.000 qm Einzelhandelsfläche (Vollversorger, ergänzende Fachmärkte) sind an der Westfalenstraße geplant. Stellplätze werden im 1. Obergeschoss untergebracht. Im 2. und 3. Obergeschoss sind Wohn- und Büroräume vorgesehen. Im Norden des Quartiersplatzes ist ein gemischtes Wohngebiet mit Wohnen, Dienstleistungen und kleinteiligen Einzelhandelsstrukturen geplant. Angrenzend entsteht einer Kindertagesstätte. Es werden ca. 150 Wohnungen errichtet. Für die nördlich angrenzende Fläche der ehemaligen Firma Paguag wird ein Bebauungsplan entwickelt, der die Errichtung weiterer 350 Wohnungen vorsieht. Hier werden noch weitere Altlastenuntersuchungen durchgeführt, so dass zur Zeit nur der südliche Bereich als Vorhaben bezogener Bebauungsplan weiterentwickelt wurde (gegen Linke);
- die **Flächennutzungsplanänderung „Graf-Recke-Stiftung“**. Das 8,6 ha große Gebiet am südöstlichen Ortsrand von Wittlaer ist teilweise bebaut. Hier und angrenzend befinden sich Einrichtungen der Graf-Recke-Stiftung sowie Wohngebäude. Die Stiftung beabsichtigt eine Neustrukturierung und Nutzungsoptimierung. Deshalb wird die bisherige Darstellung als Sondergebiet Graf-Recke-Stiftung in Wohnbau- und private Grünfläche verändert. Die große Anzahl erhaltenswerter Bäume wird hierdurch dauerhaft geschützt (einstimmig);
- den **Bebauungsplan „Graf-Recke-Stiftung“**. Auf dem 27.9 ha großen Gebiet am südöstlichen Ortsrand von Wittlaer befindet sich eine Vielzahl von Gebäuden der Graf-Recke-Stiftung mit verschiedenen Nutzungen wie Schule, Turnhalle, Seniorenwohnen, Kirche, Kindergarten, Wohngruppe, Verwaltung. Außerdem gibt es mehrere Wohngebäude, Doppelhäuser und das unter Denkmalschutz stehende Dreiflügelhaus, das als Wohnhaus genutzt wird. Künftig werden sowohl Sondergebiete für die verschiedenen sozialen Einrichtungen der Graf-Recke-Stiftung als auch in Teilbereichen neue Wohngebiete ausgewiesen. Nicht von Verkehrslärm betroffenen Gebiete nördlich und südlich der Einbrunger Straße werden als reine Wohngebiete ausgewiesen. Hier ist teilweise eine behutsame Nachverdichtung möglich. In einem Teilgebiet sind Anlagen für sozia-

le, kirchliche, kulturelle und gesundheitliche Zwecke zugelassen. Für die bestehenden Wohngebäude entlang der Einbrunger Straße wird Allgemeines Wohnen festgesetzt. Auch hier sind die zuvor beschriebenen Ausnahmen zulässig. Alle sonstigen in Allgemeinen Wohngebieten zulässigen Nutzungen werden ausgeschlossen. Das Sondergebiet Graf-Recke-Stiftung wird in einzelne kleine Sondergebiete untergliedert. Nur die Einrichtungen werden zugelassen, die den Zielen der Stiftung entsprechen. Im Sondergebiet „Verwaltung“ wird die Errichtung von weiteren Verwaltungsgebäuden einschl. Konferenz und Tagungsräumen ermöglicht. Außerdem sind Wohngebäude für Senioren zulässig. Im Sondergebiet „Betreutes Wohnen“ werden Wohngebäude für Mitarbeiter erlaubt (gegen freie Wähler);

- den **Bebauungsplan „Westlich Kleinstraße“** (Benrath). Das 18 ha große Plangebiet in Benrath ist Hauptbestandteil des Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Industriestandortes. Dort befinden sich Stahl verarbeitende Industrie, ein Reifenhändler mit Kfz-Service, eine Anlage der Mannesmann Mobilfunk sowie ein Gebäude des ehemaligen Ausbildungs- und Qualifizierungszentrums. Das Gebiet ist als Industrie- und Gewerbegebiet ausgewiesen. Zur Sicherung der produzierenden Betriebe und artverwandten Nutzungen werden nun Einzelhandel, Vergnügungsstätten, Tankstellen, öffentliche Betriebe sowie Anlagen für kirchliche, soziale und sportliche Zwecke ausgeschlossen. Lagerhäuser sind ausnahmsweise zulässig (einstimmig);
- den **Bebauungsplan „Nördlich Henkelstraße“** (Reisholz). Das 2,6 ha große Plangebiet ist Teil des Stadtteilzentrums Reisholz. Durch den Bebauungsplan für dieses Kerngebiet werden nunmehr Vergnügungsstätten ausgeschlossen (einstimmig);
- den **Bebauungsplan „Beim Dorf“** (Niederkassel). Das 2 ha große Plangebiet umfasst die Straßen- und Verkehrsflächen „Beim Dorf“ und den Einmündungsbereich Niederkasseler Straße sowie angrenzende Flurstücke mit Wohnbebauung. Durch die Änderung werden der tatsächliche Verlauf der Verkehrsflächen und die Bestandsgebäude planungsrechtlich gesichert. An einzelnen Gebäuden sind Erweiterungen möglich (einstimmig);
- eine **Veränderungssperre für ein Gebiet zwischen Oberbilker Alle, den Bahngleisen, dem Sportgelände Turu 1880 und der Ringelweise**. Durch einen Bebauungsplan soll der Einzelhandel gesteuert werden, um die Nahversorgungszentren Corneliusstraße und Oberbilker Allee langfristig zu sichern. Das Bauvorhaben eines Lebensmitteldiscounters ist aufgrund des Bebauungsplanverfahrens zurückgestellt worden (einstimmig);
- eine **Veränderungssperre für das Gebiet nördlich der Forststraße, westlich Bünger Straße, östlich Bayreuther Straße und südlich Bayreuther Straße 26 sowie südlich der Hasselstr. 13 und Büngerstr. 13** (Benrath). Zur Zeit ist ein Bebauungsplan im Verfahren mit dem Ziel, Verkaufsflächen zu begrenzen. Drei unterschiedliche Bauvoranfragen hinsichtlich Erweiterung und Umbau eines Einzelhandelsbetriebes wurden aufgrund des Aufstellungsbeschlusses zurückgestellt (einstimmig);
- eine **Verlängerung der Veränderungssperre für die Innenstadt**. Aufgrund von Gerichtsurteilen kann die gewünschte Steuerung von Vergnügungsstätten, insbesondere Spielhallen, durch die gültigen Bebauungspläne nicht mehr erfolgen. Veränderungen der Bebauungspläne sind in Arbeit. Durch die Veränderungssperre soll in der Zwischenzeit die Ansiedlung unerwünschter Spielhallen verhindert werden (einstimmig).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer